



## ENTSCHLIESSUNG Nr. 42) Solidarische Unterstützung Palästinas durch die Kampagne „Boycott – Desinvestition – Sanktionen“ (BDS)

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012,

### STELLT FOLGENDES FEST:

- a) Dass Israel weiterhin UN-Resolutionen, die auf Konfliktminderung abzielen, ignoriert oder missachtet und weiterhin todbringende Gewalt und Landbesetzung einsetzt, um die palästinensische Bevölkerung in der Region zu auszugrenzen;
- b) Dass Israel weiterhin ein bedeutender Empfänger von Waffen und Entwicklungshilfe aus den USA ist, obwohl es häufig und unentschuldig internationale Übereinkommen verletzt;
- c) Dass dieser Kongress im Hinblick auf die Rüstungsgüter und politische Unterstützung für Israel durch die USA und seine Verbündeten die Auffassung zurückweist, dass das israelische und das palästinensische Volk gleichermaßen für die Fortführung der Krise verantwortlich seien, und bekräftigt, dass der aggressive und spaltende Charakter von Israel und seiner Besatzungspolitik bedeutende Stolpersteine für das Erreichen einer friedlichen Einigung bleiben;
- d) Dass es wachsenden Widerstand in Israel durch diejenigen gibt, die nicht länger zur Unterstützung einer militärischen Lösung der Krise bereit sind, und in der breiteren palästinensischen Gemeinschaft durch diejenigen, die die Aktionen einer Minderheit zugunsten von breit angelegten Volkskampagnen ablehnen;
- e) Dass die PSI-Regionalorganisation bei der Unterstützung einer unabhängigen und demokratischen Gewerkschaftsbewegung und von ArbeitnehmerInnen in ihrem Kampf eine mutige und wesentliche Rolle spielt;
- f) Dass Israel in vielen Teilen der Welt zunehmend als Apartheid-Staat erachtet wird, nicht zuletzt in Südafrika, wo die Merkmale eines Apartheid-Staats und die Konsequenzen für die Unterdrückten verstanden werden und dieser Ausdruck nicht ohne ernsthafte Erwägung der Sachlage verwendet wird;
- g) Dass die BDS-Kampagne in Palästina in den letzten zwei Jahren von einer breiten Palette an Organisationen, einschließlich Gewerkschaften, und weltweit Unterstützung, erlangt hat.

### DER KONGRESS STELLT WEITER FEST,

- h) Dass eines der Hauptziele der BDS-Kampagne darin besteht, die Aufmerksamkeit auf die systemische Diskriminierung zu lenken, die von Israel gegen Palästinenser ausgeübt wird und ihm damit den zweifelhaften Titel des Apartheid-Staats eingetragen hat;
- i) Dass Versuche, den Völkern von Israel und Palästina eine Lösung jedweder Art aufzuzwingen, wahrscheinlich keinen Erfolg zeitigen werden, solange weit verbreitete Diskriminierung und Manipulation des palästinensischen Volks, einschließlich Ausgrenzungsversuchen, fortbestehen;
- j) Dass nur ein demokratischer, inklusiver und nicht religiös motivierter Ansatz einen anhaltenden Frieden im Konflikt bringen kann und dass dies von der Beseitigung des gesamten Unterdrückungsinstrumentariums, einschließlich rechtlicher, militärischer, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Schranken, abhängig ist. Zumindest muss dies Folgendes umfassen:
  - Anerkennung der grundlegenden Rechte der palästinensischen BürgerInnen durch Israel in voller Gleichberechtigung,

- Achtung, Schutz und Förderung der Rechte palästinensischer Flüchtlinge, in ihre Häuser und in ihr Eigentum zurückzukehren,
- Sofortige Beendigung der illegalen Siedlungen Israels und der Blockade von Gaza; und

#### **ENTSCHLIESST FOLGLICH:**

1. Sich der BDS-Kampagne anzuschließen und die damit zusammenhängenden Aktivitäten, einschließlich der jährlichen Israel-Apartheid-Woche, zu unterstützen;
2. Sich an den diesbezüglichen Aktivitäten von PSI-Mitgliedsgewerkschaften zu beteiligen, einschließlich Kampagnen, um jede kommunale/staatliche Stelle zur apartheidfreien Zone zu machen;
3. Weiterhin dem PSI-Regionalbüro Nordafrika und den Nahen Osten und seiner Arbeit zum Aufbau repräsentativer, unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften in der Region, einschließlich Israel und Palästina, größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen;
4. An alle Regierungen zu appellieren, das spaltende Wesen des israelischen Staats anzuerkennen und für seine Isolation zu plädieren, bis er bereit ist, seine Apartheid-Infrastruktur zugunsten von Demokratisierung abzuschaffen und sich zur Einhaltung der UN-Resolutionen zu verpflichten;
5. In Gewerkschafts- und Regierungsforen die Einstellung der Aufrüstung des israelischen Staats durch die Vereinigten Staaten und seine Verbündeten zu fordern;
6. Sich weiterhin gegen alle Formen der Diskriminierung, einschließlich Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und anderer religiöser Motivationen, zugunsten eines säkularen und toleranten Krisenbewältigungsansatzes in der Region auszusprechen.

Hier können alle [Kongressentschlösungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.